

VOLKSWELT

Wählt Sozialdemokraten Liste 2

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Saalkreis

Das „Volkswelt“ erscheint mit Beilagen. Es ist Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. Schriftleitung: Dr. Müllerstraße 6. Fernsprech-Anschlüsse Nr. 2405, 2407, 2408. Persönliche Zustellung mitags von 13 bis 14 Uhr. — Unverlangt eingehenden Manuskripten ist kein Rückporto beizufügen.

Bezugspreis monatlich 1,80 und 0,30 Mfg. Subskribentenpreis 2,10 Mfg. für Schüler mäßigend 0,45 Mfg. Wohnbezugspreis 2,10 Mfg. durch Postboten auswärts 2,50 Mfg. bei direkter Einzahlung an den Verlag 2,40 Mfg. — Einzelnenpreis 15 Mfg. im Umgekehrten und 30 Mfg. im Rückwärtsfall der Willkür. Bezugskontokonto: Dr. Müllerstraße 6. Fernruf 2405, 2407, 2408. Postfachkonto 2019 Erfurt.

Eine „Papenstühe“

Bayerischer Bauernbund in der Eugenbergsfront

Eigener Bericht

München, 23. Oktober.

Der Bayerische Bauernbund, der als Oppositionspartei gegen die herrschende Vormachtstellung des Zentrums in den neunziger Jahren entstand und immer ein Sammelbecken der fortschrittlichen und zum Teil revolutionären Klein- und mittelschichtlichen Elemente war, hat sein ganzes demokratisch-republikanisches Programm über den Haufen geworfen und eine vollkommene Schwertung seiner politischen Einstellung gemacht.

Auf dem am Sonnabend und Sonntag in München abgehaltenen Bundestag wurde ein Bündnis mit der Regierung Papen geschlossen.

Überwiegend läßt die Verherrlichung der schwarz-roten Parteien durch den deutschen Republik bei den Delegierten keine Regeneration aus. Die Grundstimmung des ganzen Parteitages war betörmene Resignation.

Der Raupreis, für den die Parteileitung das bauernbündlerische Wahlertingent in das Lager der Unterregierung führte, ist die Kontingentierungspolitik.

Professor Febr, der dieses politische Schwergewicht geschleudert hat, sprach dies ganz offen aus. Er erklärte auf dem Parteitag das neue Programm.

Es ist in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht nichts anderes als ein Abfall des Programms der Papen-Reaktion.

Die Hauptpunkte sind folgende: 1. Die parlamentarische Regierungsform wird durch eine Verfassungsreform ersetzt, auf die die Parteien keinen Einfluß haben. 2. Reform der Weimarer Verfassung mit einer Verklärung des föderativen Unterbaus des Reiches und Präsidialregierungen auch in den Ländern. 3. Erhöhung des Reichsalters auf 25 Jahre. 4. Abschaffung des Frauenwahlrechts und Beseitigung der Stimmwahl. 5. Rückkehr zur vollen männlichen Wehrpflicht. 6. Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. 7. Rückkehr zur vollen Privatwirtschaft und Förderung des gesunden Unternehmertums. 8. Agrarhilfe durch Stärkung des Binnenmarktes. 9. Beseitigung des Tarifwesens und weiterer Ausbau der sozialen Leistungen.

Bei den Wahlen 1930 musterte die Partei rund 800 000 Wähler, von denen bei der Reichstagswahl im Juli d. J. nur noch 134 000 übrig blieben. Dies hat den letzten Kern der Partei allen Wert auf die eigene Sache genommen und ihn für den Glauben empfänglich gemacht, daß nur durch den Übergang ins Lager der „grundmäßigsten Staatsführung“ die völlige Auflösung des Bauernbundes verhindert werden kann.

Schleicher dementiert

Er versichert Papen seine Freundschaft

Von dem in Badenweiler weilenden Reichswehrminister von Schleicher geht dem W. Z. folgende Erklärung zu:

In Berlin wird die Nachricht verbreitet, daß ich meinen Aufenthalt in Badenweiler zu politischen Besprechungen benutze, die den Bestand des jetzigen Kabinetts gefährden könnten. Eine geradezu absurde Idee! Abgesehen davon, daß ich mit dem mir befreundeten Reichstanzler von Papen sachlich und politisch völlig übereinstimme, habe ich während meines Aufenthaltes in Badenweiler noch keine politische Besprechungen geführt oder kleineren Formals gesehen oder gesprochen und gebe das auch in Zukunft nicht zu tun.

gez. von Schleicher.

Flugblattverteiler beschossen

Eigener Bericht

Wien, 23. Oktober.

In Godesberg wurden Flugblattverteiler der Eisenen Front von E. A. Reuten beschossen. Einer der Verletzten wurde durch einen Durchschuß an der linken Hand erheblich verletzt.

Die Sozialdemokratische Partei, Liste 2:

Deutschlands Hoffnung

Otto Wels: „Ohne Thälmann kein Hitler, ohne Hitler kein Papen!“

Mit einer von vielen Zehntausenden besuchten Kundgebung auf der Dresdener Radrennbahn eröffnete die sozialdemokratische am Sonnabendabend den Wahlkampf. Die Ansprache hielt der Parteivorsteher Otto Wels.

Auch aus den entferntesten Teilen Ostdeutschlands waren die Reichsbannerkameraden und Parteigenossen zahlreich herbeigeeilt.

In seiner Rede führte Otto Wels u. a. aus, die Sozialdemokratie sei heute die Hoffnung des deutschen Volkes. Die Rede, die Papen in München gehalten habe, sei eine Kriegserklärung an das deutsche Volk. Nur der zweite Teil der Reichsverfassung solle unangetastet bleiben, aber nicht der erste Teil, in dem steht, die Staatsgewalt geht vom Volke aus.

Wenn das deutsche Volk am 6. November verlege, dann würden wir an der Spitze des Deutschen Reiches bald einen Reichsverweser und dann einen Kaiser haben.

Die SPD. und die Nazis hätten es fertig gebracht, im Reichstag eine Mehrheit zu schaffen, die die Grundlage für den Triumph der Reichenden gegeben hätte.

Wels erinnerte dann den Reichspräsidenten daran, daß Herr von Papen in seine Hand geschworen habe, die Verfassung zu achten und er richtete die Frage an den Reichspräsidenten, ob er dem Reichsverweser den Auftrag gegeben habe, in München dem deutschen Volk den Krieg zu erklären und zu sagen, daß er den Willen und die Macht habe, seine Pläne durchzuführen.

Hitler habe einmal gesagt, daß er nur die Bordertreppe benötigen werde. Am 13. August aber sei der die Bordertreppe hinaufgeworfen worden. Die Herren, die seit tausend Jahren in Deutschland die Macht gehabt hätten, wollten zwar Herrn Hitler für ihre Zwecke benutzen, ihn aber nicht die Macht ausüßen lassen.

Ohne Hitler wäre das Wort Papens gegen den „Wohlfahrtsstaat“ nicht gesprochen worden. Ohne Thälmann gäbe es keinen Hitler und ohne Hitler keinen Papen. Feinde des deutschen Volkes seien die, die nicht dafür sorgen, daß die feinen Herren verschwinden. Die Sozialdemokratie kämpfe in dem bevorstehenden Wahlkampf für ein Deutschland der Gleichheit und der Gleichberechtigung.

Bürger und Arbeiter fliehen in Massen aus dem Hitler-Lager

Schlagt den Judas!

Die Flucht aus der Nazi-Partei wird täglich größer und bedroht die Braunen Häuser sowie ihren Führer mit einer Katastrophe.

Am Sonnabend hat in Bremen der Nazi-Präsident der Bürgerwehr, Rechtsanwalt Dr. Backhaus, sein Amt niedergelegt und ist gleichzeitig aus der Hitler-Partei ausgetreten. Backhaus war eine große Bekanntschaft des Dritten Reiches. Er gehörte zum Vertrauenskreis des Oberfeld, dem Backhaus in einem langen Brief die Gründe seines Austritts auseinandergesetzt hat. Diese Gründe sind rein politischer Art und der Fall Backhaus selbst ist typisch für die Stimmung unter den bisherigen bürgerlichen Nazimitgliedern, soweit sie materiell nicht proletarisiert sind.

Kein Wunder und kein Zufall, wenn ich deshalb Gregor Straßer dieser Tage in öffentlichen Erklärungen heißt, das Privatleben...

um anzuerkennen und die Hitler-Partei als festes Bollwerk des kapitalistischen Systems anzupreisen.

Dieser Gregor Straßer galt bisher als der „Revolutionär und Sozialist“ des Braunen Bollekes und als der große Gegenpol des „bürgerlichen Hitler“. Straßer, das war für die SPD. und alle Naziproleten der „Rehrmeister und Bratler der deutschen Revolution und des deutschen Sozialismus“. Wenn er sich jetzt bezieht, seine früheren Manifeste und sein „sozialistisches“ Wirtschaftsprogramm buchstäblich zu verwerfen, einzuampfen und zum alten Eisen zu werfen, so illustriert dieser plötzliche Wandel sehr deutlich den Schwandel des Hitler-Sozialismus.

Der Judas der arbeitenden Klassen hat für die Junker und Schlotbarone keine Schuldigkeit getan. Am zu retten, was zu retten ist, läßt er jetzt den „feinen Leuten“ jubeln den „sozialistis-

chen“ Ballast abwerfen. Aus ist es mit der „nationalen Revolution“, die in Wahrheit nie etwas anderes gewesen ist für die Hitler, Goebbels, Straßer und Konowen als billige Agitationspropaganda und Wahlwerbung.

Die Folge ist, daß ebenmäßig die bürgerlichen erst recht die proletarischen Hitler-Wähler die Flucht aus dem Nazilager antreten.

In Ostpreußen, der bisherigen Hochburg der Nazi-Massion, sind die Versammlungen mehr als befehle. Zwar nehmen die Nazisblätter den Mund ebenso voll wie früher, wenn aber das Münchner Hitler-Blatt 25 000 Leser verliert, so legt das ostpreußische Nazilager 9000 und die Wahrscheit liegt bei 5000.

Was sich in Ostpreußen am täglichen Versammlungsbesuch kundtut, hat bereits in Thüringen bereiten Ausbruch gefunden. Dort hat dieser Tage der agrarpolitische Nazilager Dr. Günner die Flucht ergriffen angeführt des Nazibetrugs an den kleinen Bauern. Rein Verloren sind von der Thüringischen Nazi-Regierung gehalten worden und nach all den traurigen Erfahrungen hat jetzt dieser Dr. Günner, der ehemalige Nazi, einen offenen Brief an die Thüringischen Bauern geschrieben, in dem er sie warnt, noch einmal ihre Stimme Herrn Hitler und der Nazi-Partei zu geben: „Ich warne Euch vor der Partei, die so viele große Worte macht und so wenig hält. Sie ruft auch jetzt wieder auf, Hitler als Helfer des Bauernvolkes zu wählen. Gewiß! Ihr noch daran, nachdem ihr von dieser Seite so benarrt worden seid?“

Das ruft der bisherige Führer des Nazilagervolks zu den Bauern. Benarrt und genarrt haben die Braunen Häuser alle! Aus den „deutschen Revolutionären“ und Hitler-Sozialisten ist nichts übrig geblieben als Latonen und Schleppträger entbitterter Parteien und Brünzestimmen; es steht die den Bauern in die Regierung geschaffen haben: Herrscher an der Arbeiterklasse, Postenlöhner, die am Junger des Volkes satt und fett geworden sind.

Zwischen Sonntag und Montag

Der erste Jugeratenmarkt, den der Schweizer Reichshof Zürich aus Anlaß des am Sonntag auf dem Berliner Flughafen in Tempelhof vorführte, führte zu einem Erfolg. Die Rakete schloß über 800 Meter in die Höhe; dort entfaltete sich das Geschloß, so daß es im Gleitflug zur Erde gelangen konnte. Am nächsten Sonntag folgen weitere Versuche gemacht werden, wenn sie von den Behörden genehmigt werden.

In Turin hielt Mussolini eine „große“ Rede, in der er sich in die deutsche Politik einmischte und erklärte, daß Deutschland nicht aufrücken könne, solange die Arbeitslosenfrage dauere. Betomme Deutschland die Gleichberechtigung nicht, dann könne Deutschland nicht im Völkerverbund bleiben. (1) Für Italien hätte er vorher erklärt, daß es am Bitterbunde festhalte!

Die „Reinigung“ der kommunistischen Partei Deutschlands ist noch nicht beendet. Nachdem Sinowjew ausgeschlossen ist, wurden am Sonntag weitere 24 Mitglieder der Opposition herausgeworfen und nach Sibirien verbannt.

Aus Moskau wird gemeldet, daß das Gericht in Rischne Udinsk abermals fünf Eisenbahnbeamten zum Tode verurteilt hat. Sie haben Güterwagen ausgeplündert. Die Todesurteile dürften noch im Laufe des heutigen Montags vollstreckt werden.

In Warschau und in anderen polnischen Städten wurden vom Wladimir-Regime zahlreiche Hausdurchsuchungen gegen die Nationaldemokratische Partei und ihre Kreise durchgeführt. Die Zahl der Hausdurchsuchungen erreichte bis zum Sonntagabend über 200.

Arbeit durch Gemeinden

Praktische Vorschläge des Deutschen Städtetages

Der engere Vorstand des Deutschen Städtetages hat jetzt nach eingehender prüfender Vorbereitung seine Beratungen über die kommunale Arbeitsbeschaffung beendet.

Die Städte haben die Regierungspläne zur Arbeitsbeschaffung, so heißt es in dem Kommuniqué des Städtetages, von vornherein unterstützt, und die Kommunen ist heute die gesamte öffentliche Auftragsarbeit gegeben. Ist die kommunale Arbeitsbeschaffung in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung. Erst die durchgehenden Folgen der Überlastung der Städte durch die Arbeitslosenfrage haben die Arbeitsbeschaffung völlig lahmgelegt.

Arbeiten von volkswirtschaftlichem Wert finden sich in den Kommunen in großer Zahl.

Im ersten Sinne gehören hierzu der Kleintourismus, der Bau von Straßen, von Ausfall- und Jungensstraßen und Ausbesserungsarbeiten großen Stils. Auch die Kleingärten- und Stadtrandbesiedlungen sowie Restaurierungen gehören in den Rahmen

eines kommunalen Beschaffungsprogramms. Diese Arbeiten werden vor allem in den Großstädten durchgeführt sein, in denen sich die großen Massen der Arbeitslosen zusammenballen. Voraussetzung dieser kommunalen Arbeitsbeschaffung ist, daß die Finanzierung auf einem volkswirtschaftlich einwandfreien Wege durchgeführt wird.

Alle Währungsversuche sind zu vermeiden. Die Ausgabe von ungedeckten zinslosen Krediten größten Ausmaßes, wie dies von anderer Seite vorgeschlagen worden ist (Gerechtheitsplan), kann deshalb nicht in Frage kommen.

Es wäre, so sagt das Kommuniqué des Deutschen Städtetages, auch mit den Regeln einer gelunden Finanzwirtschaft unvereinbar, die laufenden Kosten durch eine Kreditvermehrung (sogar zu befristeten) und damit die wichtige Lage nur zu verschleiern, anstatt sie zu bereinigen. Da die Gemeinden die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung nicht aus eigener Kraft durchführen können, müssen anderweitig Mittel

zur Verfügung gestellt werden. Der Deutsche Städtetag fordert daher, daß die Reichsregierung den kommunalen Betrieben und der kommunalen Arbeitsbeschaffung auf der gleichen Basis Steuerzuschüsse zur Verfügung stellt, wie das Papen-Programm es für die private Wirtschaft vorgesehen hat.

Dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm des Deutschen Städtetages zeichnet sich ebenso durch seine klare Abgrenzung wie durch seine praktische Durchführbarkeit aus. Besonders erfreulich ist, daß der Vorstand des Deutschen Städtetages schon vor dem phantasiehaften Gerechtheitsplan erklart, daß mit seiner Hauptforderung der „zinslosen Kredite“ sich ein unangehimes Inflationsrisiko verbindet. Die Forderung, für die kommunalen Betriebe Steuerzuschüsse zu erhalten, ist durchaus berechtigt. Wir haben bei der Veröffentlichung des Papen-Programms bereits darauf hingewiesen, daß diese Sonderbehandlung der öffentlichen Betriebe in keiner Weise vertretbar ist. Es ist jetzt an der Reichsregierung, sich umgehend um den Vorschlag der kommunalen Spitzenorganisation zu äußern.

Greifenwettkampf

Die Jagd nach dem Alterspräsidenten

Schönheitskonkurrenzen amüsierte junger Damen, sind bekanntlich durch den Reichstagen zurückgelassen worden. Anstatt dessen findet jetzt ein Greifenwettkampf statt — und zwar bei der Kandidatenauswahl zum Reichstag. Damit die Kommunistin Klara Zetkin nicht wieder die Alterspräsidentin des Reichstages werde, haben ihr die Sozialnationalen den am zwei Jahre älteren Didenburg-Saunthaus als Alternen entgegengesetzt. Man aber, rufen die Sozialisten an, dem General Sigmann als Kandidaten an, der seinerseits den Januschauer am volle fünf Jahre jünger ist. Sigmann ist 62 Jahre alt, für einen General ein noch jugendliches Alter. Den Sozialnationalen wird, wenn sie diesen Vorprung mitmachen wollen, nicht weiter übrig bleiben, als ihr abtrünnig gemordetes Mitglied, den zur Volkspartei übergegangenen Grafen v. Solodowitsch lieber auszuweichen, da ja die Volkspartei nicht zum Wahlrecht erhoben dürfte. Mit seinem Alter von 67 Jahren und entgegengesetzter Länge des weißen Haarschopfes dürfte der Graf Solodowitsch nicht so leicht zu schlagen sein.

Früher wurde dem Alterspräsidenten nur rein formale Bedeutung beigegeben. Jemandem, der diesen Posten bestanden hätte, wäre leicht oder schwer gewisse Vorteile so häufig auf dieses Amt, weil sie meinen, daß der richtige, der gewählte Reichstagspräsident, am Ende wiederum nicht zum Amtleren kommen wird. . . ?

Die Partei im Kampfe

Distussion mit Übertragung

Ein interessantes Experiment madten dieser Tage unsere Genossen in Kiel, indem sie eine Rede des Genossen Wöhring, die in der Norddeutsche Halle gehalten wurde, samt der Distussion und dem Schlußwort in zwei andere Lokale in Worten von viel Übertragung ließen. Es sprach ein kommunistischer und ein Nazideutscher je zwanzig Minuten ins Mikrofon, und auch die Antwort Wöhrings wurde auf diesem Wege weitergegeben. Die Aufnahme der Reden in allen drei Lokalen war so gelungen, daß überall gleichzeitig Beifall, Widerspruch und Heiterkeit sie begleiteten, als ob der Redner anwesend wäre — nur die Zwischenrufe in den entfernt liegenden Sälen konnte der Redner natürlich nicht hören.

In großen Versammlungen in Hamburg sprachen die Genossen Breitscheid sowie die Kandidaten Erna tum Enden und Gustav Dahrendorf. Sie waren ebenso überfällig wie die in Rendsburg und Glücksbad, wo Genosse Böbe, in Neumünster, wo Genosse Schreiber, in Stuttgart, wo Genosse Orgelsini sprach.

In zwei überfüllten Sälen in Braunschweig, wo die Genossen Thielmann und Stobermann sprachen, zeigte sich die ungebrochene Kampfkraft der Genossen in Kassel — obwohl eine Versammlung wegen des Zwischenrufs „Nieder mit Klages“ polizeilich aufgelöst wurde.

Unter das „Gebet der Stunde“ sprach im überfüllten Saal in Essen a. d. Ruhr Genosse Hilferding unter stürmischer Zustimmung der Versammlung.

Sieben Wahlvereine in dem Landkreise Düsseldorf, zehn im Kreise Wuppertal, dreizehn in Hannover-Land, acht in Kassel-Land, neunzehn in Köln-Land, zehn im Bezirk München zeigen die Versammlungsmasse fort, die sich über das ganze Land erstreckt, ohne daß wir in der Lage wären, auch nur einen geringen Teil davon zu verzeichnen.

Am Sonnabend in der Lokale in Düsseldorf sprach Genosse Breitscheid vor 6000 begeisterten Kämpfern der Eisernen Front. Er gestellte die Außenpolitik der Regierung Papen, ebenso wie ihre reaktionäre Innen- und Sozialpolitik. — In der Stadthalle in Wuppertal-Eberfeld sprach Genosse Fritz Ebert am gleichen Abend vor 4000 begeisterten Wählern. Die Stimmung am Rheinberg ist glänzend, die Begeisterung für den bevorstehenden Kampf groß.

Sie sprechen aufs Recht

Deutschnationale gegen Beamtenrechte

Die „Deutsche Zeitung“ macht den Polizeipräsidenten Richter und den Reichstagsminister Bracht schon gegen die Beamten des Polizeipräsidenten in Berlin. Sie findet, daß noch viel zu wenig Deutschnationale ins Polizeipräsidenten gebracht worden sind, und sie heißt deshalb:

„Man hat den Beamten natürlich begreiflich gemacht, wie schädlich man darauf wartet, daß sie um ihre Entlassung bzw. Pensionierung einkommen. Aber sie denken nicht daran. Sie sitzen fest wie Ketten und hoffen auf die Rückkehr der Herren Braun, Seegering usw. Hier scheint eine durchgreifende Säuberung am Platze zu sein. Aber nicht etwa in Form einer Wahngespensierung, sondern damit würden die Parteibuchbeamten einen Teil ihrer Würde verlieren, worauf sie weder durch ihr Herkommen, noch durch ihre „Tätigkeit“ Anspruch haben. Man muß ihnen vielmehr eine Frist stellen, innerhalb der sie sich in ihrem alten Beruf nach einer neuen Stellung umsehen können.“

Unter Bruch der Verfassung und der Beamten-

rechte sollen also Beamte, deren einziger Fehler es ist, daß sie nicht das deutschnationale Parteiwut in der Lage haben, einfach hinausgeworfen werden! Die Dreistigkeit, mit der die reaktionären Heber auf das Recht pfeifen, ist bei dem allgemeinen Zustand des Rechts in Deutschland nicht weiter erstaunlich.

Es hat aber immerhin sein gutes, daß diese Leute sich so offen herauswagen, die immer laut geschrien haben, wenn ein verfassungswidriger Beamter in aller Form rechtens bishinfort in die Zukunft denken die Herrschaften in ihren reaktionären Hochgehühen nämlich nicht.

Die Saalfeldtüchter

In Berlin wurden zwei Nationalsozialisten zu je neun Monaten Gefängnis verurteilt. Beide hatten am 6. Oktober in einer deutschnationalen Versammlung in der Heidenstraße ihre harigbunten Freunde mit Säulen beworfen und mit Säulen geschlagen. Der Bericht taufen die Säulen und bewapneten, von dem deutschnationalen Saalfeld angefallen worden zu sein. Das Sondergericht, das entsprechend den Bestimmungen der Notverordnung eigentlich eine Zuchthausstrafe von mindestens einem Jahr hätte verhängen müssen, erklärte seine Mäßigkeit damit, daß nur „der Versuch einer Körperverletzung aus politischen Motiven“ vorliege.

Thomas Mann für Sozialismus

Bekanntnis vor den Wiener Arbeitern

Eigener Bericht

Wien, 22. Oktober.

Im großen Saal des Wiener sozialdemokratischen Volkshauses sprach Sonnabend der Dichter Thomas Mann vor sozialdemokratischen Arbeitern. Er erklärte: Es geschieht zum erstenmal, daß ich, der bürgerlich geborene Schriftsteller, vor einem sozialdemokratischen Arbeiterpublikum spreche. Ich empfinde das als epochenmachend für mein ganzes Leben. Meine Ausführungen sollen nichts anderes sein als ein

Bekanntnis der Sympathie für Ihre sozialistische Sache.

Mann erklärte dann weiter in seiner Rede: Sozialismus ist nichts anderes als der pflicht-

gemäße Entschluß, den Kopf nicht mehr vor den dringenden Bedürfnissen und Forderungen zu verhehlen, sondern sich auf die Seite derer zu schlagen, die der Erde einen Menschenplan geben wollen.

Der geistige Mensch muß sich legen, daß es in den wichtigsten Staaten Europas besser stünde, wenn in ihnen statt der bürgerlichen oder feudalen Regierungen Arbeiterregierungen am Fuder wären, daß dann ein gutes Stück auf dem Wege der Ordnung, Vernunft und Gerechtigkeit vorgeschritten werde.

Das erste Bekanntnis des großen deutschen Dichters zur Sozialdemokratie wurde von den Wiener Arbeitern, die in gewaltigen Massen zu seinem Vortrag gekommen waren, mit jubelndem Beifall aufgenommen.

Weiterführung des Wagemann-Plans

Der Präsident des Statistischen Reichsamts Professor Dr. Wagemann hat eine Broschüre „Was ist Geld“ veröffentlicht, die dazu bestimmt ist, die Gedanken des sogenannten Wagemann-Plans fortzuführen und sich mit den Kritikern dieses Plans auseinanderzusetzen. In der Kernfrage, wie weit der Geldumlauf ohne Gefahr erweitert werden kann, bekennt sich jetzt Wagemann eindeutig als bei der Auffassung des Wagemann-Plans zu der maßregelungspolitisch gefährlichen Auffassung, daß gegenwärtig noch Raum für eine Vermehrung des Geldumlaufs in sehr weiten Grenzen bestehe. Er stützt seine Theorie vor allem auf die in Deutschland befindlichen Lagerbestände, von denen seiner Meinung nach noch drei Milliarden in Bewegung gesetzt werden könnten, ehe Preissteigerungen zu befürchten wären. Daneben macht er zur Voraussetzung für eine Geldvermehrung eine „Straffe Einkommens- und Lohn-

politik“, also auf deutsch die Fortsetzung der Papenischen Lohnpolitik.

Man staunt darüber, daß ein in Deutschland als wissenschaftliche Kapazität geltender Mann wie Wagemann so primitive Auffassungen entwickeln kann wie die, daß zunächst die Läger abzubauen müssen, ehe Preissteigerungen eintraten könnten. Alle Erfahrungen lehren, daß bei stärkerer fünfjähriger Geldvermehrung die Preise nicht erst das Abhängen der Röhre abwarten, sondern sofort festig in die Höhe zu klettern beginnen. Und wenn man gleichzeitig „straffe Lohnpolitik“ macht, so heißt das nichts anderes, als daß die Arbeiter von vornherein dazu verpflichtet werden, die Kosten der Inflation zu tragen. Die deutschen Arbeiter werden sich also für eine Wirtschaftspolitik, wie sie Wagemann vorschlägt, bedanken.

Der Leipziger Termin

In dem Prozeß der preussischen Staatsregierung gegen das Reich ist der Termin zur Verhandlung der Entscheidung auf Dienstag, 25. Oktober, mittags 12 Uhr, anberaumt worden. Die Sitzung findet wiederum im Hauptsaal des Reichsgerichts statt.

Schloß vor dem Ende

Im Reichsministerium des Innern fand am Freitag eine Besprechung mit den Rundfunkkommissionären der Länder Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und Hamburg statt.

Es herrscht die allgemeine Annahme vor, daß die Tätigkeit des allgemeinen Rundfunkkommissionars in kurzer Zeit, nach den Wahlen, sein Ende finden wird.

Politisches Verbrechen?

In der Mark Brandenburg zwischen Kerzen und Löwenrind mit Treibin wußten in einer Wohnung die schon fast verweilte Leiche eines Mannes an einer Acker aufgefunden. Die Leiche dürfte schon etwa ein halbes Jahr in der Wohnung gehängt haben. Die Vermutung spricht für einen politischen Mord. Inwieweit das richtig ist, wird die vom Amtsgericht Treibin auf Montag angelegte Sektion klären.

Lithmanns Verwandtschaft

Im „Arbeitslichen Familienblatt“ (Nr. 40, 6. Oktober) wird übrigens auf verdammt schamhafte Beziehungen des Generals Sigmann zum Substanz hingewiesen. Dort wird das Schicksal der jüdischen Familie Kronstein besprochen, der auch eine Frau Sigmann entfallen ist. Darüber heißt es:

Frau Sigmann die jetzt in einem eosaaligen Kloster (sol wohl Sittlichkeits-Red. d. „A.“) in der Nähe von Witten lebt, war die Gattin des verstorbenen Bonner Generals Kronstein, der wiederum mit dem nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten General Carl Sigmann und dem Theologen Prof. Dr. Hans Sigmann verwandt war. Frau Sigmann war auch literarisch interessiert und neben Vorträgen in der literarisch-historischen Gesellschaft Bonn verfasste sie sowohl unter ihrem Mädchennamen Grete Herzberg als auch unter ihrem späteren Namen auch andere Dramen und Romane.

Wenn der Stahlhelmführer Dückertberg einen Abraham Selig zum Großvater hat, warum soll nicht der Nazi Sigmann ein Kronstein-Herzberg zur Verwandter haben?

Notverordnung gegen Autodiebe

Im Reichsgesetzblatt wurde eine Verordnung des Reichspräsidenten gegen unbefugten Gebrauch von Kraftfahrzeugen und Führerinnen erlassen. Es heißt in dieser das Datum vom 20. Oktober 1932 tragen, als 1. November 1932 gültig. Notverordnung: „Wer ein Kraftfahrzeug oder ein Fahrzeug gegen den Willen des Berechtigten in Gebrauch nimmt, wird, sofern die Tat nicht nach anderen Vorschriften mit schwererer Strafe bedroht ist, mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft. Der Versuch ist strafbar.“

Zwei Raubmörder gefasst

Die Gebrüder Karl und Josef Hamme, die vor einigen Tagen in Hagen (Westfalen) zwei nicht sehr ertragreiche Raubüberfälle, als ein Konsumvereinskassale und einen Straßenbahnkassale unternommen hatten, wurden am Sonnabendmorgen von ihrem Vater in der Laube seines Gartens erbeutet. Statt den Söhnen Butterbrote zu bringen, die sie erlangen, rief der Vater die Polizei herbei. Die Brüder versuchten sich mit einem Kleintaschengeld und gar nicht etwa 50 Schilling auf die ebenfalls feuernden Beamten ab. Die Verhaftung gelang erst, als den Räubern die Munition ausgegangen und der eine durch einen Brustschuß schwer verletzt worden war. Ein Selbstmordversuch des anderen mißglückte, da der Revolver verlor.

Raubmord

In einem Hause in Berlin W. wurde die 74 Jahre alte Ehefrau Auguste Köhne am Sonnabend erbeutet und brutal aufgehalten. Der flüchtige Täter, der sein Opfer gefesselt und mit einer Schuss aus dem Kopf erschossen hat, erbeutete 4000 R. Bargeld, Effekten im Werte von 12.000 R. und Schmuckstücke.

Zwangsarbeit für Kreugers Revisor

Eigener Bericht

Stöckchen, 22. Oktober.

Das erste Urteil in der Prozeßserie Kreuger ist gefällt worden. Der im ehemaligen Kreugerkonzern tätige Revisor Anton Bendler ist wegen Betrugs erbeutet und mehrfachen Betrugs gegen das Handelsgericht von 1½ Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden.

Was war im 2. Kreise los?

Teufenthal besiegte Dieskau

Sandball:
Auch der gefristete Serientag brachte wieder einige nicht erhebliche Überraschungen. Döllnitz überlebte Zwickau in der ersten Halbzeit 6:2, konnte dann aber nicht verhindern, daß die favorisierten Zwickauer noch nach der Spielzeit 10:7 für sich siegreich gestellten. Die größte Überraschung jedoch war das Spiel Teufenthal gegen Dieskau. Hier galten die Dieskauer als hart überlegen, aber es kam anders. Sie führten gleichfalls bei Halbzeit 6:2, um sich dann von Teufenthal noch 9:6 besiegen zu lassen. Auch Gama wurde von der Südmannschaft richtig knapp geschlagen. Deselegieren erlitt Streuben I gegen Stapp II eine knappe Niederlage.

Teufenthal I — Dieskau I 9:6 (2:6).
Dieskau legte gleich ein scharfes Spieltempo vor und war lebendig den Zwickauern überlegen. Bereits nach dem ersten Viertel stand die Partie 4:0 für die Gäste. Bis Halbzeit kam dann jede Partie noch zu zwei Erfolgen. Dieskau hatte die Sieg Hoffnung in der Lage und Teufenthal glaubte noch gewinnen zu können. Aber Zusammenstoß wurde zwischen beiden, während die Gäste erfolgreich spielten. Nach hinten ließ überlegen, holte den Rückstand auf und lag darauf in Führung, als je ein Spieler der beiden Mannschaften das Feld verlassen mußte. 3 Minuten vor Schluß mußte der Schiri das Spiel wegen Unwohlfühls der D. abbrechen. Bei einer weiteren Detarstellung gingen noch zwei andere Spieler freiwillig.

Teufenthal II — Streuben II 0:7 (0:3).
Doch Teufenthal hatte II. Off von den Serientagen zurückgelassen und der Bezirk dies auch deutlich hat, wurde von seinen Desbesitzes das Spiel wiederum angeleitet. T. trat darauf die Partie mit 9 Mann an und besieg eine hohe Niederlage.

Gama I — Fichte Süd I 5:7 (2:4).
Es war ein gleichmäßig Spiel. Fichte war technisch etwas besser, als der Gastgeber. Doch dieser blieb doch über Sieger wieder. Das Resultat blieb bestimmt anders gelautet, wenn nicht der Mittelführer von Gama schon vor Halbzeit den Platz verlassen hätte. Somit war es ein faibles und fautes Spiel.

Zwitschona I — Döllnitz I 10:7 (2:6).
Die Halbzeit war es ein sehr flottes Spiel. Döllnitz überbot sich selbst. Mit ungenauem Spiel gegen sie lag und lagen bei der zweiten Halbzeit in Führung. Doch nach Seitenwechsel fielen je ihren eigenen Tempo zum Opfer. Die Grünblauen ihrerseits erwiderten die Überhand und erzielten Tor auf Tor, obwohl die Döllnitzer nun wieder weiterblieben. Der Ausschlag war dann halb geschossen und weiter folgte dann auch die Niederlage.

Steden I — Schwimmer Ammendorf I 12:6 (6:1).
Steden mußte auf zwei seiner besten Spieler wegen Krankheit verzichten, daher die leichte Führung. Aber auch der Erfolg spielte sich wieder und so lag man gefahren seit längerer Zeit wieder immer ein schönes Spiel, wobei der Gastgeber die Gäste leicht überlegen war. Er hatte die Spielzeit in der Hand. Erst im zweiten Spielabschnitt verloren die Gäste etwas Boden und holten einige Tore auf. Der Schiri war sehr einmündig.

Steden I — Steden II 4:5.
Entgegen der Vorhersage erzielten hier die Steden einen knappen Erfolg.

Steden Schüler — Steden Schüler 2:4.
Schou I — Zwitschona II 10:1 (6:0).
Zwitschona spielte unter Protest, da das Spiel eine halbe Stunde später als angeleitet stattfand.

Wenditz I — Fichte Ammendorf II 9:6 (5:4).
Auch Fichte Ammendorf mußte die Überlegenheit von Wenditz anerkennen. Ein scharfes Spiel, doch immer in erlaubten Grenzen. Bis kurz vor Schluß 6:6. Ein Entpunkt wurde der Sieg sichergestellt. Schiri war gerecht.

Schou I — Zwitschona II 10:1 (6:0).
Schon früh stellten sich beide im Serientage dem Schiri. Mit dem Angriff empfanden sich ein heißes Ringen um den Sieg, doch bestand sich in außerordentlich form. Der Schiri war dem Spiel nicht gewöhnt.

Stapp II — Ammendorf I 7:7 (1:4).
Da der Schiri von Döllnitz kurz vor dem Spielbeginn mit dem Notarzt demüthigte, einigten sich beide Mannschaften auf einen Schiri aus Ragna. Bis zur Halbzeit gab es ein ruhiges Spiel, wobei 2. in Führung ging. Doch nach Halbzeit wurde Ragna besser und hefte auf. Jetzt wurde das Spiel ziemlich hart, so daß von jeder Partei ein Spieler das Feld verlassen mußte. Die Zeit ging langsam mit 7:5 in Führung; doch in den Schlussminuten konnte Ammendorf ausgleichen.

Postendorf I — Gähndorf I 6:9.
Gähndorf fand sich besser mit den Bodenberührung ab und fand sich auch sehr schnell auf. Schon kurze Zeit nach Spielbeginn führten sie zu 3 Toren. Ammendorf war das folgende und erzielte ein Tor. Doch nach dem zweiten Viertel litt offensichtlich über der Gäste des Bedens. Auch nach das Spiel nicht so präzis, wie man es sonst gewohnt war. Halbzeit 5:1. Nach der Halbzeit kamen beide Mannschaften noch zu je 4 Toren.

Gesellschaftsspiele:
Postendorf II — Fichte Süd II 20:0.
Das Spiel wurde von F. jederzeit überlegen geführt. Fichte fand sich nicht aufkommen und kam zu keinem Torerfolg. Halbzeit 11:0. Postendorf zeigte gutes Aufkommen und vor allem Entschlossenheit vor dem Tor.

Schou II — Schwimmer Ammendorf II 4:8 (2:3).
Das Resultat konnte auch umgekehrt heißen.

Sandball:
Interessante Spiele auf dem Fichtebühl:
Fichte I — Fichtsb II 4:2 (1:1).
Durch den einsetzenden Regen wurde der Boden etwas schmierig. Das Spiel lief dadurch an. Beide Mannschaften erzielten in der ersten Halbzeit einen Erfolg. Nach dem Seitenwechsel konnte der Gastgeber in gleichen Abständen drei weitere Erfolge buchen, wogegen die Gäste nur noch einen Treffer erzielten. So schied die Partie bei Halbzeit, wobei die Gäste führten, nur, weil sie ihnen ein nötiges Tor schied.
Fichte Alte Herren — Fichtsb Alte Herren 7:3 (5:2).
Es war ein ruhiges Alte-Herren-Spiel. In der ersten Halbzeit war das Spiel verheißungsvoll. Der Fichte-Sturm hatte gegen die Schießkräfte angesetzt. Die Gäste konnten den guten Stürmer nur durch zwei unglückliche Sachen überwinden. Nach Seitenwechsel war der Gastgeber tonangebend und ließ zwei weitere Erfolge folgen, während die Gäste noch ein Versäuser zu einem blühenden Treffer gelangten. Beide Spiele hinterließen einen guten Eindruck.

Erfolgreiche Spiele in Wenditz:
Wenditz hatte gestern vier Spiele auf eigenem Platz und konnte fast alle Spiele glänzend mit 23 Toren gewinnen.

Sandball:
Wenditz I — Rösen I 3:0 (3:0).
Wenditz hatte fünf Hoffen beschränkt und konnte sich die zuletzt erzielte Niederlage wehnen. Während der ersten Halbzeit konnte Wenditz drei Tore vorlegen, unüberhörbar für den Gegner. Die zweite Halbzeit sah Rösen in Notlage; sie konnten aber trotz aller Anstrengungen nichts mehr erreichen. Spiel sehr schnell; Schiri aufmerksam.

Sandball:
Wenditz III — Rösen II 1:2 (1:0).
Die dritte Mannschaft hatte einen guten Tag und konnte die eifrigen Zuschauer hineinlegen.
Wenditz II — Teufenthal II 9:0 (5:0).
Teufenthal trat mit stark verjungter Mannschaft an. Das wirkte sich im Spiel aus, so daß Wenditz leicht zum Siege kam. Ein schönes, flottes Begegnung.

Arbeiterfußball in Walde.
Am Sonntag wurde die I. Elf von Fichtsb Walde in Burgener-Neudorf und trat fortwährend gegen die gleiche Mannschaft des Mannvereins Freiheit Burgener-Neudorf im folgenden Serientage an. Auf beiden Seiten zeigte ein

Anfang an eine scharfe Spielweise ein. Neudorf konnte bis zur Halbzeit dreimal einfinden. Fichtsb Mannen noch der Halbzeit wurde Werked ein Gewinner ausgesprochen; er konnte aber zu keinem Erfolg durchdringen. Drei Minuten später konnte Neudorf das Tor eröffnen. Bis zum Schluß liefen beide Mannschaften ein flottes

Fußball in den Nachbarbezirken.
1. Bezirk, Sportfreunde Borsdorf — Sportfreunde Bernburg 1:2. Leutonia Wobersleben gegen Leutonia Oberleben 4:1. Sportfreunde Halle — Germania Reinickd 8:2. Burgund Halberstadt — Eintracht Otterndorf 2:5.

2. Bezirk, Das Bezirksmeisterschaftsspiel gegen Fortuna Borsdorf gegen Bader-Frieden Sportfreunde von 4000 Zuschauern 4:1. Ein großes Spiel, Germania Burg — Eintracht Halle 2:1. Fichte Sudau — Weißhof Magdeburg 2:3. Eintracht 09 — VfB 1:5.

3. Bezirk, Bader Schöben — Sportklub Köthen 0:3. Olympia Delitzsch — Bader Köthen 3:1. Delitzsch-Köthen — Bader Köthen 3:1. Delitzsch gegen Weidorf 6:0. Adler Köthen — Bader Köthen 7:2. Sportklub Köthen — VfB Köthen 7:9. Sportfreunde Bernburg — Britannia Köthen 1:1.

4. Bezirk, Fr. Turner Althertenau — Bader Hörterfeld 4:1.
5. Bezirk, VfB Eintracht Braunschweig gegen Union und Schöningen 7:3. Turner Braunschweig gegen Union Braunschweig 1:1. Wobersleben gegen Quernau 8:3.

Handball im 2. Kreise.
Eichsfeld-Altenleben, Leopoldshall — Osmarsleben 20:1. Halle I — Leopoldshall II 12:5. Eubach — Leopoldshall II 13:0. Borne I gegen Leopoldshall 10:5.
Anhalt-Deskau, Gerbst — Groß-Röhrna 5:7.

Die Bootsfahrer berichten von Erfolgen

Gaunerschluss im Bezirk

Der Kanusport im Arbeiter-Turn- und Sportbund kam im Bereiche des 6. Bezirks über weitere große Erfolge und Fortschritte berichten. In der Wasserportabteilung des Arbeiter-Turn- und Sportvereins „Jahn“ Magdeburg haben vier bis zur Zeit führenden Vereine des 6. Bezirks, unter zielbewusster Leitung ist es dem Verein gelungen, durch Selbstbau seinen Bootbestand auf 30 zu erhöhen. Im Sommer wurden in 10 Wochen 1000 Meter zuvorigkeit, des weitest nach neben Tagesfahrten eine 4-Wochen-Ferienfahrt statt. Bei der großen Regatta in Leipzig konnte der Verein im Kanusport mit Steuermann den zweiten Platz belegen. Im Sommer war der Verein nicht zu schlagen und konnte die im Bezirk ausgeführten Rennen in Döllnitz und Ammendorf überlegen gewinnen. Die Arbeiter-Wasserportvereine Döllberg und Halle verfügen in Hallberg über ein schönes Bootshaus, in einem gemeinsamen Bootshaus von 30 Booten. Weiter die Saale oberwärts verfügt der Regatta-Klub Halle über ein stattliches Bootshaus.

Die freien Schwimmer und Kanusportler Halle-Verein konnten im Juli ein Bootshaus in den Bergbürgen übernehmen. Die Bootshausabteilung des Arbeiter-Turn- und Sportvereins „Jahn“ Magdeburg in Aufhäusern betrug 2241. Gemeinsam mit dem Verein Ammendorf, „Eldernäher“ wurde am 7. August eine offene Regatta in Köpzig veranstaltet, die ein gutes Resultat erzielte. Der Verein pflegt den Bootselbstbau und hat eine sehr erfolgreiche Bootselbstbau erzielte. Hinter der Trostsee Schiene liegt das Bootshaus des Kanusportvereins „Jahn“ Magdeburg, der Verein verfügt außerdem die Saale oberwärts über einen Bootshaus. Der nördlichste Stützpunkt im 6. Bezirk ist der Verein „Freier Wasserport“ Wettin, der über ein gutes Bootshaus mit ungenügender Jugendbesetzung verfügt. An der Elster liegt als oberer Verein der Kanu-Klub 23 Döllitz. Der Verein mußte sein Bootshaus vergrößern, er verfügt über einen Bestand von 30 Booten, die in Selbstbau hergestellt wurden. Anlässlich des Bezirksfestens am 28. August fand

„Bootsbau“-Verwaltung bildet diese neuentwickelte und bisher noch unbekannte Provolation. Sie wird und muß sich entscheiden, Entwerfer des „Bootsbau“ ist die Zentral aller Arbeiter ohne Unterbrechung der Partei, oder es ist eine funktionelle Anstalt. Entwerfer mit über die Sozialisten lautet die Parole. Aus der Antwort folgt es oder je die Konsequenz. Es wird sich entscheiden, ob die Kommunisten an dem Aufstieg des „Bootsbau“ oder demnach für seinen Niedergang Interesse haben.

Wichtige Parteikonferenz.

Landshammer. In der Landshammerkonferenz, in der die Einzelheiten des kommenden Wahlkampfes beraten wurden, kam auch die neue Wahlpropaganda der SPD an. Der Bundesrat des „Bootsbau“, zu der die Verwaltung ihre Zustimmung gegeben hat, zur Sprache. Die Gewissen Mag und Grober, die im Auftrage der Gewissen Rat gegen diese einseitige Einstellung beim Vordringen Protest erhoben hatten, berichteten über den Verlauf und es war anzunehmen, daß die Verwaltung einleiten wird. Das Plakat, welches die SPD am Donnerstag herausbrachte, ist eine einzige Beleidigung der sozialistischen Arbeiter, insbesondere derjenigen, die bis heute noch in „Bootsbau“ beherzt. Bis diesen Grundbelegungen die Konferenz einmütig die Entfernung desselben und keine weitere Anbringung von Plak

Spiel. Kurz vor Schluß wurde Neudorf nochmals ein. Der Schiedsrichter des Schiris beschränkte das Spiel mit einem 4:1 für Neudorf. Wobersleben lag im ganzen Spiel nicht so recht zusammen. Neudorf legte im Spiel eine wunde Spielweise an dem Tag. Gebenverhältnis 10:8 für Neudorf.

Arbeiterport-Handschau

Handball. Bezirksmannschaft Chemnitz gegen Bezirksmannschaft Amberg Buchhof 14:9 (8:3). Der Sieger fand weder einen entscheidenden Vorteil, so daß ein sehr temperamentvolles Spiel ausfiel.

Regenburg. Die Ueberrückungsfeier vom vorigen Sonntag, Eintracht Süd und VfB, Neudorf, trennten sich 2:2. Fichte Sudau — Fichte Sudenburg 2:7. Fichte Alte Herren — VfB Wobersleben 1:1. Fichte Köthen III gegen Schöninger Neudorf 1:2. Köthen gegen Fichte Wobersleben 5:2.

Arbeiterport-Handschau

Der Arbeiterport-Handschau im Bereich des 6. Bezirks ist der Wasserportverein Ammendorf 23 e. S. über im Herbst gewonnen über ein einseitiges Bootshaus verfügt. In dieser Zeit konnte der Verein durch Selbstbau 8 Kanubauten fertigstellen und so seinen Bootbestand auf 36 Boote erhöhen. Insgesamt wurden 9000 Kilometer zurückgelegt. Die politischen Erfolge des 1900 Meter wurden die Grenzen des Bezirks hinaus, wurde er doch u. a. von Bundesmeisterschaften in Berlin im Kanusport für Senioren den ersten Platz belegen.

An der Göttermündung, im Critisch Becken gelegen, liegt der Verein Wasserportverein „Eldernäher“ Ammendorf. Im eigenen Vereinshaus konnte der Verein seinen Bootbestand bereits auf 13 Boote erhöhen. Gefahren wurden 1138 Kilometer.

Die neun Vereine des Bezirks verfügen über Bootshäuser und einen gesamten Bootshaus von 170 Booten, davon 4 Kanubauter und 3 Motorboote. Außerdem sind in unserem Arbeitsgebiete noch die Bootshausabteilung des Arbeiter-Turn- und Sportvereins „Jahn“ Magdeburg, die Saale und Raufreudens Halle, e. S. Halle und Raufreudens Halle, e. S. Halle, die alle über eigene Bootshäuser verfügen.

Sportamtliche Bekanntschaften

6. Bezirk, (Halle), am 12. November, findet im „Jahn“ Magdeburg unter Schiedsrichterverwaltung 1. Bezirk des Schiedsrichterverbands. 2. November, 3. November, Anfang 19 Uhr. Veranstaltungsbüro siehe bei 6. Bezirk.

6. Bezirk, (Halle), am 12. November, findet im „Jahn“ Magdeburg unter Schiedsrichterverwaltung 1. Bezirk des Schiedsrichterverbands. 2. November, 3. November, Anfang 19 Uhr. Veranstaltungsbüro siehe bei 6. Bezirk.

Kreis Liebenwerda

Die Volkshausverwaltung provoziert

Wichtig. Wenn die sozialistische Arbeiterkraft der Meinung war, durch den Wechsel in der „Volkshaus“-Verwaltung endlich einen Wiederaufbau der Verwaltung zu sehen, so dürfte die durch die jüngsten Ereignisse eine andere besetzt worden sein. Gemäß haben die Vereine gemeldet, daß das System des Widerstandes sich gelichtet und noch beschränkt worden, daß die Bezirksleitung der SPD, einen „Kommissar“ Richter nach Wobitz beordert hat, der beauftragt ist, jede opportunistische Meinung im Sinne zu kritisieren. Damit bekennt man den gesamten SPD-Funktionären erstmals ihre vollständige Unfähigkeit, und ein anderes Mal bezeichnen sie sich selbst die eigene Schlappheit in der letzten Zeit. Zug für Zug muß die kommunalistische „Volkshaus“-Verwaltung „Rechts“ entgegenkommen. Sie muß sich begeben, daß die „Kommissar“ Richter in ihre weitestgehenden Aufgaben hinein bezieht und anordnet. Unter „Volkshaus“, an dem die gesamte sozialistische Arbeiterkraft hängt, hat nicht alle, durch die Folgen der Wirtschaftskrise, sondern auch durch die Anführer kommunalistischer Verwaltungsbearbeitung, die darauf hinauszielt,

Kreis Jorgau

Torgau (Stadt)

Der falsche Offenbarungseid.

Der vom Torgauer Schwurgericht hatten sich der Landwirt Ernst Graf und dessen Sohn aus Fernersmühle zu verantworten. Beide befinden sich gegenwärtig in Haft, sie sind im Frühjahr dieses Jahres wegen schwerer Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu langjähriger Zuchthausstrafe verurteilt worden. Desmal hatten sie sich wegen falscher Bestätigung eines Offenbarungseides, den sie am 13. November vorigen Jahres in Torgau zu leisten hatten, verantworten. Das Gericht sprach Ernst Graf und seinen Sohn nur wegen Verleitung zu einem falschen Offenbarungseid zu zwei Monaten Zuchthaus. Der Sohn wurde freigesprochen.

Ein deutschnationaler Journalist am Pranger

Der Kronzeuge

In dem sogenannten „Klepper-Ausschuss“ des Reichstages handelte es sich um die Hugenberg-Hilfer-Gruppe eines Ueberumpelungsversuchs zu erzielen gelacht, indem sie am letzten Tage der Verhandlung einen deutschnationalen Journalisten Friedrich Melzer vernahm, der behauptete, Mitarbeiter Klepper habe ihm ein Befetzungsangebot gemacht. Eine sofortige Gegenüberstellung Kleppers mit dem Kronzeugen hat den Ausschuss mit Stimmengleichheit abgelehnt.

Klepper hat jetzt an den Ausschussvorsitzenden Züblé (DnL) folgenden Brief geschrieben, den er gleichzeitig der Presse übergibt:

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt!

Wie ich dem übereinstimmenden Bericht der Presse entnehme, hat der Herausgeber der „Landwirtschaftlichen Wochenzeitung“, Herr Friedrich Melzer bei seiner gestrigen Vernehmung vor dem XXI. Ausschuss des Reichstages folgende Aussagen gemacht, er habe mich bei einem Besuche in der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt kennengelernt und neben mir gesessen, Herr Melzer hat weiter behauptet, ich habe ihm gelegentlich dieser Zischunterhaltung einen Kredit ohne Sicherheiten angeboten, ein Angebot, das nur als Befetzungsversuch habe bemerken können. Auf Vorhalt hat Herr Melzer dann ausgeführt, die ausdrückliche Zurückweisung dieses Befetzungsversuches habe er aus Gründen der Höflichkeit gegenüber dem Auftraggeber unterlassen; er sei auch späterhin nicht ausdrücklich auf die Angelegenheit zurückgekommen, habe sich das vielmehr für eine besondere Gelegenheit aufgepaßt. Den Vorwurf mit mir will Herr Melzer je-

doch aus Gründen der Sauberkeit nach dem Vorfall auf das beschränkt notwendigste Maß beschränkt haben.

Da mir der Ausschuss bisher leider keine Gelegenheit gegeben hat, mich auf dem Wege einer Zeugnisaussage zu diesen abtunenden Unterstellungen zu äußern, bitte ich Sie als Vorstehenden, die folgende Erklärung dem XXI. Ausschuss zur Kenntnis zu bringen:

Die Behauptung des Herrn Melzer, ich hätte ihm einen Kredit angeboten, ist unwahr. Die Behauptung, ich hätte die Bekanntschaft mit Herrn Melzer gelegentlich einer Zischunterhaltung mit einem Befetzungsversuch eingeleitet, ist

grottest, daß ich meine Richtigkeit nicht näher zu begründen brauche. Ebenso grottest ist die Anschuldigung, daß ich mich als unehelich empfinden können, wenn Herr Melzer den angebliehen Befetzungsversuch alsbald zurückgewiesen habe.

Schließlich ist das nachfolgende Verhalten des Herrn Melzer ein gänzlich anderes gewesen, als er es in seiner Zeugnisaussage behauptet.

Kurze Zeit, nachdem Herr Melzer und ich uns kennengelernt hatten, nämlich am 27. November 1929, richtete er an mich einen Brief, in dem er erklärte, er würde mir dankbar sein, wenn ich einem früheren Mitarbeiter, von ihm eine Beschäftigung verschaffen könnte.

Am 22. Januar 1930 erhielt ich von Herrn Melzer ein weiteres Schreiben, in dem er mir mitteilte, daß die „Landwirtschaftliche Wochenzeitung“ anlässlich des 25jährigen Jubiläums des „Kurzten Bodenertrags der Preisoberertragsstelle beim Deutschen Landwirtschaftsverein“ eine Fest-Dazu kommt, daß auch die jetzt geleitete Regierungspraxis bei jedem Objekt um das Schlußnummer herauszugeben beabsichtige, die Aufzeichnungen „der führenden Agrarpolitiker“ enthalten sollte. Er fährt fort:

„Dafür bitte ich in wenigen Zeilen Ihre kurze Äußerung mit der Erlaubnis, sie in der Festnummer bringen zu dürfen.“

Der Brief schließt mit den Worten:

„Mit dem Ausdruck der vorzüglichsten Hochachtung zeichne ich als Euer Hochwohlgeborener stets ganz ergebener Melzer.“

Am 25. Februar 1930 sprach Herr Melzer mit mir einen ergebensten Dank für meine gütige und wertvolle Mitwirkung aus.

Mitte Januar 1931 teilte mir Herr Melzer einen Todesfall in seiner Familie mit. Am 25. März 1931 gelehrte mir Herr Melzer die Geburt eines Zwillingpaars an. Diese Familienangelegenheiten erwähne ich deshalb, weil außer jener Zischunterhaltung und einer Reihe von öffentlichen Besprechungen teils in der Vertretung zwischen Herrn Melzer und mir stattgefunden hat.

Die Schlußzeile daraus, ob das hier geschilderte Verhalten des Herrn Melzer seine Behauptung, er habe auf ein offenes und ehrliches Verhältnis zu mir.

Die Schlußzeile daraus, ob das hier geschilderte Verhalten des Herrn Melzer seine Behauptung, er habe auf ein offenes und ehrliches Verhältnis zu mir.

Man sieht, daß die Kronzeugen der Reaktion von ganz besonderem Charakter sind. Jemand der sich durch ein Befetzungsangebot angeblich beleidigt fühlt, schreibt dem Anbietenden herzlich-untersänig Briefe und schickt ihm die intimsten Familienangelegenheiten. Man sieht, daß die Kronzeugen der Reaktion von ganz besonderem Charakter sind. Jemand der sich durch ein Befetzungsangebot angeblich beleidigt fühlt, schreibt dem Anbietenden herzlich-untersänig Briefe und schickt ihm die intimsten Familienangelegenheiten. Man sieht, daß die Kronzeugen der Reaktion von ganz besonderem Charakter sind. Jemand der sich durch ein Befetzungsangebot angeblich beleidigt fühlt, schreibt dem Anbietenden herzlich-untersänig Briefe und schickt ihm die intimsten Familienangelegenheiten.

1871-1919

Die Grundlagen der Verfassung

Die Präambel der Verfassung von Weimar lautet:

„Das deutsche Volk, einzig in seinen Stämmen und von dem Willen befehle, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung zu geben.“

Dementsprechend lautet der Artikel 1 der Weimarer Verfassung: „Das deutsche Reich ist eine Republik; die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Darin liegt begründet die Einheit des Volkes, die zugleich Einheit des Reiches bedeutet. Die Verfassung ist herangezogen aus dem Willen des souveränen Volkes, die Einheit des Reiches ist fest begründet im Willen des Volkes, das sich die Verfassung gegeben hat.

Die Verfassungsgrundsätze, die die Weimarer Verfassung festsetzt, und eine neue Verfassung an ihre Stelle setzen wollen, tragen danach, von diesen Grundprinzipien der Einheit von Volk und Reich und der Volkssouveränität heranzugreifen. Ihre Verfassung soll auf eine andere Grundlage gestellt werden. Sie wollen neue Staatsverträge zwischen den Ländern schließen lassen und auf diese Staatsverträge ihre neue Verfassung aufbauen. Das ist die Rückkehr zu den Verfassungsprinzipien von 1871, die keine Volkssouveränität kennt. Die Präambel zur Verfassung von 1871 lautet:

„Seine Majestät der König von Preußen im Namen der Norddeutschen Bundes, Seine Majestät der König von Bayern, Seine Majestät der König von Württemberg, Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Hessen und bei Rhein für die sich selbst vom Main betragende Teile des Großherzogtums Hessen schließen einen ewigen Bund zum Schutze des Bundesgebietes und des inneren und äußeren Friedens, sowie zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes.“

Im Unterchied zwischen der Präambel von 1871 und der Präambel von 1919 liegt beinahe der Kampf zwischen dem Recht und der Souveränität des Volkes auf der einen Seite und dem Willen der Herrscher der Einzelstaaten und den Monarchien auf der anderen Seite. Die Volkssouveränität soll hinweggenommen werden. Dies wäre einmal gegeben, so wäre der Schritt zur monarchischen Verfassung vorbereitet.

Die Verfassungsgrundsätze von 1932 wollen jedoch noch hinter die Verfassung von 1871 zurück! An der Präambel von 1871 wurde ausdrücklich als Zweck der Verfassung die Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes bezeichnet. Herr von Papen als Chef des Kabinetts der Barone aber, das die Verfassung von 1919 ändern will, hat ausdrücklich die Wohlfahrt als mit dem großen Bannfluch der Barone belegt!

100 000 Mark!

In der Sonnenbeschlebung der Preussisch-Sächsischen Kleinrentenliste entfiel auf Los Nummer 331 354 ein Gewinn von 100 000 Mk.; in der ersten Ziehung wird das Los in Köln in Württemberg, in der zweiten in Köln in Berlin gezogen.

Riesenbürgersteuer in Nazi-Anhalt

Dabei haben die Hitler-Agitatoren die Senkung versprochen

Das anhaltische Staatsministerium verspricht an die Redaktionen der anhaltischen Zeitungen einen Artikel über die „Bürgersteuer in Anhalt“. Darin heißt es u. a.:

Nach reichlicher, gewissenhafter Prüfung aller in Frage kommenden Gesichtspunkte hat das Staatsministerium geglaubt, durch Festsetzung eines Zuschlages in Höhe von 500 Prozent den dringenden Bedarf der Gemeinden für Wohlfahrtsunterstützungszwecke Rechnung tragen zu müssen.

Da weiterhin die Nazis gegen die Bürgersteuer, und wer sie auf 500 Prozent in Anhalt festsetzt, war das Staatsministerium, an dessen Spitze der nationalsozialistische Ministerpräsident Freyberg steht. Theorie und Praxis! Wo bleiben die schönen Wahlversprechungen? — Es ist gut, daß noch vor dem 6. November der Nazischicksal auf amtlichem Wege zum Bewusstsein gebracht wird, was es mit dem Nazischicksal auf sich hat. Den Nazischicksal in Stadt und Land wird angst und Bange. Arbeitnehmer aber, wagt auf! Ihr gehört zur Sozialdemokratie, wählt! Seite 2!

Nazipleite droht

Vorsichtige Geschäftsleute sichern sich

Einen tiefen Blick hinter die Kulissen der Kommunikation und Nazis läßt ein Rundschreiben zu, das die Karte-AG, Berlin, eine größere Spezialfirma in Büromaterial, die im ganzen Reich Filialen und Niederverkaufsstellen unterhält, vor kurzem an ihre Herren im Außenamt geschickt hat. Wir geben das Schreiben im Wortlaut:

„Generaldirektion.

Berlin, 21. September 1932.

Die in Kürze bevorstehenden Wahlen geben uns Anlaß, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß leider die Bezahlung der Fakturen der an die SPD und KPD gelieferten Waren entweder überhaupt nicht oder mit erheblichen Schwierigkeiten in den seltensten Fällen glatt erfolgt. Es hat sich herausgestellt, daß wir sogar ein gut Teil dieser Rechnungen einlegen mußten. Die Gründe hierfür sind folgende:

Ein Parteifunktionär ist keine juristische Person, welche für den Eingang des Betrages haftbar gemacht werden kann. Stattdes ist lediglich der besagte Sekretariat bzw. Gauleiter. Da andererseits diese Herren aber oft nur den Stempel Parteifunktionär aufdrücken, nicht aber eine eigene rechtsverbindliche Unterschrift leisten, entstehen dadurch bei der Abwicklung der Geschäfte Schwierigkeiten. Tatsache ist jedenfalls, daß ein großer Teil der Fakturen für die an diese Parteien gelieferte Ware eingelegt werden mußte. Bezahlung ist auch dann nur oft mit Schwierigkeiten und mit erheblichen Spesen durch die Parteileitung zu erhalten.

Wir müssen natürlich aus diesen Tatsachen die Konsequenzen ziehen und Sie bitten, Sie werden an die SPD und KPD nur noch dann und wann Bestellungen abzugeben. Wegen offene Rechnung würden wir Bestellungen nicht ausführen. Wenn wir nunmehr das eine erwähnen, daß Lieferungen an die anderen Parteien anstandslos bezahlt wurden, so sind wir gewiß, daß Sie uns auf Grund dieser Bestimmung keine einseitige Stellungnahme zu-

muten werden. Es scheint lediglich, daß bei den beiden genannten Parteien in dieser Beziehung ein Organisationsfehler vorliegt oder einzelne Gauleiter auf eigene Faust bestellen und die Partei dann die Bezahlung ablehnt.“

Der Grund, warum die Nationalsozialisten die Rechnungen für gelieferte Waren nicht bezahlen, liegt auf der Hand. Es ist die Finanztalantid dieser Partei!

Schande

Das Schwurgericht Hirschberg in Schlesien verurteilt den aus Bandhuhn fangenden Gewerbetreibenden Hans Behnemann wegen Zuchtschlags zu zwei Jahren Gefängnis. Behnemann hat in der Nacht zum 11. März d. J. sein Kind erdrückt, dessen drei Monate nach der Hochzeit erfolgte Geburt er als „eine Schande“ für sich und seine Frau empfunden haben will. Ueber die Zurechnungsfähigkeit des Täters zur Zeit des Verbrechens gingen die Sachverständigen uneinig aus.

Blutige Anekdote

In einer Gastwirtschaft in Berlin-Schlüterberg schoß am Sonnabend der 31jährige Arbeiter Sorneßki die 42jährige Frau Gertrud Wilde in einem Anfall von sinnloser Trunkenheit nieder; nach der Tat jagte er sich eine Kugel in den Kopf. Sorneßki und Frau Wilde, die vor der Tat furchenlang alkoholische Getränke zu sich genommen hatten, wurden in hoffnungslosem Zustand in ein Krankenhaus eingeliefert.

Weihnachtsgrüßkartarten

Nach einer Entscheidung der Reichsbahn-Direktion werden auch in diesem Jahr Weihnachtsgrüßkartarten mit veränderter Gültigkeit (gegenüber den Sonntaggrüßkartarten) ausgegeben, und zwar voraussichtlich für die Zeit vom 21. Dezember bis zum 9. Januar. Die Sommerurlaubskarte 1932 kommt am 21. Oktober zum letzten mal zur Ausgabe; ihr Endtermin ist der 31. Oktober.

Beifohlene Nazis schießen

Magen, 22. Oktober.

In Wiesbaden schoß eine Rotte angetrunkenener Nazis ohne jede Veranlassung auf Straßenpassanten. Besonders über wurde einem Tagelohnempfänger mitgepielt. Er wurde unter Drohungen mit der Pistole angehalten, auf Waffen zurückzuführen und mußte dann exerzieren. Schließlich bekam er noch einige Ohrfeigen. Als Hauptanführer der Nazisbande zeichnete sich ein früherer Fremdenlegationsaus, der sich in der Trunkenheit selbst ins Antlitz schoß.

Eindbruch ins Wohlfahrtsamt

Breslau, 22. Oktober.

In der Nacht zum Sonnabend drangen in besagte Läter in die Zahlstelle Sternschanze des Breslauer Wohlfahrtsamtes ein und inhaftierten einen Geldschrank, der in einem Bürostuhl am zweiten Stock des Hauses stand. Untergesetzt auf. Entwendet wurden in drei Eisenbüchsen rund 6000 Mk. und 400 Stück Reichsbanknoten für je drei Hund rüchigen Reich- und Schmelzeleisch, gültig bis 30. November d. J., sowie 50 Zahlkarten des Wohlfahrtsamtes und des Fürsorgeamtes der Stadt Breslau.

Frauen, lest und urteilt

So sprechen die Führer der Nationalsozialisten über die Bedeutung der Frau:

Gotthied Feder: Wir müssen wieder zum Heiligsten kommen, was es auf der Welt gibt: zur Frau, die Magd und Dienerin ist.

Josef Goebbels: Die Frau hat schön zu sein und Kinder zu kriegen.

Arthur Rosenberg: ... so ist es klar, daß ein grundsätzlich zugestandener staatlicher Einfluß der Frau den Beginn des offenkundigen Verfalls darstellen muß.

Adolf Hitler (lt. „Völk. Beobachter“, v. 7. 8. 1929): Würde Deutschland jährlich eine Million Kinder bekommen und 700 000 bis 800 000 der schwächsten beseligen, dann wäre das Ergebnis am Ende sogar eine Kräftesteigerung.

Und so spricht OTTO WELLS, der Vorsitzende der Sozialdemokratie:

Wir sind stolz darauf, die einzige Partei gewesen zu sein, die in ihrem Programm die politische Gleichberechtigung der Frau forderte. Wir sind stolz darauf, daß die Sozialdemokratie es war, die 1918 den Frauen das Wahlrecht gab, und daß sie die meisten Frauen in die Parlamente des Reichs, der Länder und der Kommunen geschickt hat. Wir sind stolz darauf, für die Rechte von Mutter und Kind, für die wirtschaftliche Gleichberechtigung und den Schutz der arbeitenden Frau gekämpft zu haben und werden mit Stolz weiter dafür kämpfen, alle Frauen aus unwürdiger übertriebener Gesinnungsklaverei zu befreien.

Wir wissen, was die Arbeit der Frauen wert ist für den großen Kampf der Arbeiterklasse, wir wissen, daß wir nur mit ihnen als gleichberechtigten Kampfkameraden unseren Kampf führen können.

Deshalb: Sozialdemokraten, Liste 2

